

## **Wie wir unser Geld und den Zahlungsverkehr vor den spekulativen Grossbanken schützen können**

Den meisten Bürgern ist (noch?) nicht bewusst, dass das Geld auf ihrem Lohnkonto bloss eine Forderung gegenüber der Bank darstellt, die nur zu 2.5% (!) gedeckt sein muss. In diesem Sinne gehört das Geld strenggenommen nicht dem Bürger, sondern der Bank. Bei der nächsten Finanzkrise kann es sehr wohl sein, dass diverse Banken (angesichts einer Eigenkapitalquote von teilweise bloss 5%!) in Schieflage geraten, die Lohnkonti blockiert werden und die Finma dieselben zur Sanierung der Banken heranzieht. Dann erst wird es den Bürgern (schmerzlich) bewusst, dass das Lohnkonto viel unsicherer ist als die 1000'er Note im Safe. Es ist einer freien Marktwirtschaft absolut unwürdig, dass mit jeder Lohnzahlung unmittelbar und zwangsweise ein Kredit an die Bank vergeben werden muss. Ich persönlich möchte die Wahl haben, ob ich einer Bank einen Kredit gebe oder nicht.

Die heutige Bundesverfassung bzw. die entsprechende Rechtsprechung garantiert mir dies nicht, obschon sie bzw. das Volk (1891) das Geldschaffungsmonopol ganz klar dem Bund übertragen hat („Das Recht zur Ausgabe von Banknoten und anderen gleichartigen Geldzeichen steht ausschliesslich dem Bund zu“; Volksabstimmung über die Revision von Art. 39 der Bundesverfassung). Mit ihrem Giralgeld, das zwar nicht gedruckt aber immerhin gebucht wird, haben die Banken unsere Bundesverfassung ausgehebelt, ohne dass sich je ein Politiker oder die Finma für uns Bürger zur verfassungsmässigen Wehr gesetzt hätte. Im Gegenteil – bei der Revision der Bundesverfassung von 1999 wurde der Passus „und anderen gleichartigen Geldzeichen“ klammheimlich aus dem Artikel gestrichen.

Ganz besonders stossend ist, dass die Banken dieses Geld einzig und allein mit dem Versprechen emittieren, dass sie es bei Bedarf in gesetzliche Zahlungsmittel wandeln würden. Bankenbuchgeld ist zwar Geld, aber eben nicht gesetzliches Zahlungsmittel und es ist nicht einzusehen, warum der Staat ein solches Versprechen als Steuerzahlung überhaupt akzeptiert und es ohne irgendwelche verfassungsmässige Grundlage zumindest implizit zu einem gesetzlichen Zahlungsmittel erhebt.

Der Staat wie die Banken wissen nämlich ganz genau, dass letztere eine solche Umwandlung nur in „normalen“ Zeiten vollziehen können. Bei ganz grossen Schocks und entsprechend hohem Umwandlungsbedarf ist dies unmöglich, weshalb unser Geldsystem inhärent instabil ist. Eine massive

Buchgeldvernichtung mit einer Depression à la 20iger Jahre ist jederzeit wieder möglich.

Das entsprechende Gefahrenpotenzial ist enorm, denn heute besteht die Geldmenge zu 90% aus Bankbuchgeld. Es sind deshalb letztlich die Banken, die die „Geldpolitik“ betreiben und nicht die Notenbanken, auch wenn der Öffentlichkeit das Gegenteil vorgegaukelt wird. Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung weiss, dass die Banken einen so grossen Teil der Geldmenge schaffen, geschweige denn, dass sie dies mit einer einfachen Buchung aus dem „Nichts“ machen (FIAT-Geld), indem sie dem Kreditnehmer den Kreditbetrag auf seinem Konto gutschreiben und dagegen auf ihrer Aktivseite ein Darlehen verbuchen (das hoffentlich genügend Sicherheiten bietet, was nicht nur in Italien oft nicht der Fall ist). So einfach geht das Geldmachen bei den Banken. Sollte dies der Bevölkerung offen und ehrlich kommuniziert werden, würden sich viele gegen unser heutiges Geldsystem aussprechen.

Die Vollgeldinitiative gibt uns Bürgern die Möglichkeit, diesen Konstruktionsfehler zu beheben und die Geldpolitik effektiv in die Hand der SNB zu legen. Darüber hinaus gibt uns die Initiative endlich das längst überfällige, verfassungsmässige Recht, über unsere Bankkredite selbst zu bestimmen. Bei einem JA zur Initiative wird das Geld auf dem Lohnkonto aus der Bankbilanz ausgeschieden (wie die Wertschriften auch) und es ist demzufolge so sicher wie die 1000'er Note im Safe! Wer einer Bank einen Kredit geben möchte, kann einen Teil der Kontokorrentgelder auf ein Sparkonto übertragen, eine Kassenobligation zeichnen oder eine Bankenobligation kaufen. Es ist unser expliziter Entscheid, ob die Bank einen Kredit erhält oder nicht – und kein Kreditzwang wie im heutigen, abartigen System.

Aus liberal-volkswirtschaftlicher Sicht ist vor allem entscheidend, dass die Initiative unseren Zahlungsverkehr effizient vor Bankkonkursen schützt. Selbst systemrelevante Banken könnten bei einem erneuten Desaster à la UBS in den Konkurs entlassen werden, ohne dass der Zahlungsverkehr und damit weite Teile der produktiven Realwirtschaft in enorme Mitleidenschaft gezogen würden. Mit den scheinheiligen Abwicklungsvorschriften der Behörden wird dem Volk nur vermeintlich liberaler Sand in die Augen gestreut. Die Abwicklung dauert viel zu lange und die Wahrscheinlichkeit einer ernsthaften Beeinträchtigung unseres Zahlungsverkehrs ist sehr hoch.

Das wissen insbesondere die Grossbanken sehr wohl, weshalb sie sich nach wie vor erlauben, viel zu wenig Eigenkapital zu halten. Wer nicht einmal mit einer

hochriskanten Eigenkapitalquote von 5% und dem erschlichenen „Recht“, Buchgeld zu emittieren, nachhaltige Gewinne erwirtschaften kann, hat in einer freien Marktwirtschaft keine Existenzberechtigung. Einem KMU mit solchen Bilanzrelationen hätten die Banken den Stecker schon längst gezogen.

Ein wichtiges Argument gegen die Vollgeldinitiative liegt in den möglichen finanzsystemmässigen Verwerfungen bei deren Einführung. Bei einer eleganten Lösung muss dem allerdings keineswegs so sein. Die Initiative lässt sich problemlos über ein Wochenende einführen, indem die Sichtgelder der Kunden aus den Bankbilanzen entfernt und durch Darlehen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) an die Banken ersetzt werden. Für die Banken sind solche Darlehen viel stabiler als die Sichtgelder der Kunden, die dieselben jederzeit zu einer anderen Bank transferieren können. Für die Kunden sind die Sichtgelder viel sicherer, weil sie ausserhalb der Bankbilanzen geführt und letztlich durch die SNB garantiert werden. Ob die Bilanz der SNB sicherer wird oder nicht, hängt nicht zuletzt davon ab, wie gut die SNB und die Finma die Banken überwacht haben. Will die SNB mit der Ablehnung der Initiative dieses Risiko vermeiden? Hoffen wir es nicht.

Ein weiterer – vom Schreibenden selbst unterstützter – Einwand gegen die Vollgeldinitiative liegt in der statuierten Pflicht der SNB, neues Geld nur schuldenfrei, d.h. als Vollgeld zu emittieren. Glücklicherweise lässt sich diese formale Pflicht de facto leicht umgehen – interessanterweise selbst auf der Basis des Initiativtextes. Die SNB darf gemäss demselben Darlehen an die Banken gewähren, ausdehnen oder zurückführen – die Vollgeldinitiative fordert nur, dass die Darlehen zeitlich befristet sein müssen. Selbst diese Fristen spezifiziert sie nicht und sie verbietet insbesondere auch keine Erneuerung der Darlehen.

Bei der Annahme der Vollgeldinitiative hätte die SNB infolgedessen die Möglichkeit, das heutige Geldsystem in die Zukunft zu retten, mit dem einzigen Unterschied, dass sie unsere Sichtgelder durch SNB-Buchgeld ersetzen müsste („100% Geld“). Die im Initiativtext statuierte Pflicht, neues Geld nur schuldenfrei (eben als Vollgeld) auszugeben, könnte sie mit einem flexiblen und eleganten Einsatz der Darlehen umgehen.

Der Bundesrat, Economiesuisse und die Schweizerische Nationalbank haben die Vollgeldinitiative salopp (oder populistisch?) als Hochrisikoexperiment zur Ablehnung empfohlen. In ihrer Überheblichkeit gehen sie davon aus, dass dies auch so geschehen wird. Dazu brauche es nicht einmal einen Gegenvorschlag. Der hätte beispielsweise die vom liberalen Nobelpreisträger Milton Friedman unterstützte Idee des 100% Geldes aufnehmen können und so die Ablehnung der

Vollgeldinitiative höchstwahrscheinlich sichergestellt, beim Schreibenden ohnehin. Die (vermeintliche) Elite hat die Rechnung damit möglicherweise erneut ohne den Schweizer Wirt gemacht.

Ihre sachlich kaum begründete Angstmacherei könnte sich dann zu einem Rohrkrepiierer entwickeln, wenn die Bürger realisieren, dass sie sich mit ihrem hart verdienten Geld im heutigen Finanzsystem noch viel grösseren Risiken der vielfach äusserst spekulativen Banken aussetzen und bei einem Grossbankenkonkurs mit einem Zusammenbruch des Zahlungsverkehrs rechnen müssen.

Unsere Guthaben auf unseren Lohnkonti stellen nicht nur wirtschaftlich, sondern auch rechtlich bloss Forderungen gegenüber der Bank dar. Ein JA zur Initiative wäre ein rationaler Akt des Bürgers zum Schutze seines Eigentums und unseres Zahlungsverkehrs. Populistisch oder demagogisch ist es, wenn man uns weismachen will, dass unser Geld im heutigen System so sicher sei, dass wir uns – wie in der Vergangenheit auch – in der falschen Meinung wiegen, es gehöre uns und der Zahlungsverkehr werde auch in der Zukunft friktionslos funktionieren.

*Erweiterte und angepasste Version des Artikels „Vollgeld? Geht schon!“ Inside Paradeplatz vom 24.3.2017.*

Chr. Zenger, Wollerau  
Juni 2017